



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

350 (2.8.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204734](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204734)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,20 M., in den übrigen Orten 1,50 M. ...

Anzeigenpreise: Die kleine Seite mit 10 Zeilen ...

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Die internationale Verschuldung.

England verlangt Rückzahlung.

London, 2. August. Großbritannien richtete eine Note an Frankreich, Italien, Jugoslawien, Griechenland, Rumänien und Portugal, in der es erklärt, daß infolge des Verlangens der Vereinigten Staaten, daß Großbritannien die von Amerika geforderte Summe von 850 Millionen Pfund Sterling zurückzahle, dieses genötigt sei, die Rückzahlung der Schulden der Alliierten an Großbritannien in Höhe von 1098 Millionen Pfund Sterling zu verlangen.

Aufstellung des Problems durch England.

London, 2. Aug. Heute abend wurde der Wortlaut der von Balfour unterzeichneten Note veröffentlicht, die den französischen, italienischen, jugoslawischen, griechischen, rumänischen und portugiesischen Botschafter, sowie den Gesandten von Jugoslawien, Portugal und Griechenland übermittelte. Auch der amerikanische Botschafter erhielt aus den Händen der Alliierten eine Abschrift. Wie das Reutersche Büro meldet, ist die Note von Balfour abgefaßt und von der Gesamtheit der Kabinettsmitglieder gebilligt worden. Die Note besagt u. a.: Die Frage der französischen, italienischen usw. Schulden an England ist bisher noch nicht Gegenstand einer formellen Mitteilung zwischen den beiden Regierungen gewesen und die britische Regierung habe nicht den Wunsch gehabt, sie im gegenwärtigen Augenblick aufzuwerfen. Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse stelle sich die britische Regierung genötigt, ihre Auffassung gewisser Seiten der durch den gegenwärtigen Stand der internationalen Verschuldung geschaffenen Lage darzulegen.

Die Schulden an Großbritannien betragen zur Zeit 3600 Millionen Pfund Sterling.

Etwa 1450 Millionen Pfund seitens Deutschlands, 600 Millionen seitens Russlands und 1300 Millionen von den Alliierten. Andererseits schulde Großbritannien den Vereinigten Staaten etwa ein Viertel dieser Summe, etwa 850 Millionen Pfund. Eine internationale Besprechung dieser Lage habe bisher nicht stattgefunden. Zu ihrer Regelung, die an die Wurzel des Problems gehen werde, habe die britische Regierung sich bisher nicht entschlossen. In der Note werden folgende Forderungen an die Alliierten wegen der Zinszahlung oder der Amortisation zu stellen. Diese Forderung sei nicht zurückzuführen auf eine Unterschätzung der aus diesen Zuständen sich ergebenden Gefahr, auch nicht aus der Absicht, große Opfer zu ihrer Befriedigung zu bringen, im Gegenteil sei Großbritannien bereit, alle ihm von den Alliierten geschuldeten Anleihen und die ihm von Deutschland geschuldeten Reparationen zu annullieren, wenn eine solche Politik den Teil einer befriedigenden Regelung bilden würde.

Die neuerdings eingetretenen Ereignisse machten indessen die Bewältigung einer solchen Politik schwierig. Die amerikanische Regierung habe England aufgefordert, die seit 1918 rückständigen Zinsen seiner Schuld an Amerika zu bezahlen, die Schulden zu fundieren und binnen 25 Jahren zurückzahlen. Die britische Regierung erwiderte die Berechtigung dieser mit großer Festigkeit gestellten Forderungen an. Sie sei bereit, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Aber sie könne dies nicht tun, ohne das Verfahren, das sie unter anderen Umständen zu befolgen beabsichtigt hätte, von Grund auf abzuändern. Sie könne die amerikanischen Anleihen an England nicht als einen isolierten Teil betrachten. Die Anleihe bilde nur einen Teil eines zusammengehörigen Systems von finanziellen Transaktionen. Wenn die unabweisbarste Verpflichtung Großbritanniens als Schuld durchgesetzt werden sollte, könnten seine unzweifelhaften Rechte als Gläubiger nicht völlig beiseite gelassen werden. Die britische Regierung unternehme diese Veränderung ihrer Politik nur ungern. Denn die Alliierten seien die Teilnehmer an dem größten internationalen Kampfe für die Sache der Freiheit gewesen. Ihre Anleihen seien für eine nennenswerte Sache aufgenommen worden. Zu den zahlreichen Wirtschaftswissenschaften, unter denen die Welt leide, gehöre die internationale Verschuldung und deren verhängnisvolle Rückwirkung auf die Kredit- und Wechselkurse, auf die internationale Produktion und den internationalen Handel. Die Völker aller Länder schienen sich nach einer schnellen Rückkehr zur Normalität. Aber wie könnte eine solche Lage erreicht werden, solange solche unnormalen Zustände herrschten. Wie könnten diese Zustände beseitigt werden durch solche Hilfsmittel, mit deren Anwendung man im Augenblick rechnen könnte.

Die bisher von England verfolgte Politik sei nur erträglich, so lange sie allgemein befolgt werde.

Es sei nicht gerecht, daß ein Teilnehmer der gemeinsamen Unternehmung alles erhalten solle, das er ausgeübt habe und ein anderer Teilnehmer nichts erhalten und gleichzeitig alle seine Schulden bezahlen solle. Ein solches Verfahren wäre ungerecht. Wenn die auf dem britischen Steuerzahler liegenden Kosten noch vermehrt würden, müßte er fragen, warum die anderen keinen Anteil daran haben sollten.

Die Note fährt dann fort: Während aber die britische Regierung zu ihrem Bedauern gezwungen ist, die französische, italienische usw. Forderungen zu erfüllen, so werden sie sich bemühen, um nach ihrem besten Vermögen hinsichtlich ihrer Schulden an Großbritannien zu handeln, welche sie zu erklären, doch der Beitrag der Zinsen und der Amortisation, um den sie erludt, nicht so sehr von dem abhängt, was Frankreich und die anderen Alliierten Großbritannien schulden, als vielmehr von dem, was Großbritannien an Amerika zu zahlen hat. Wie bereits bemerkt, geht die von der britischen Regierung begünstigte Politik dahin, auf den britischen Anteil an den deutschen Reparationen zu verzichten und durch eine gleiche Transaktion die Gesamtheit der internationalen Schulden abzulösen. Wenn dies sich indessen als unmöglich erweisen sollte, müssen wir erklären, daß wir keinesfalls wünschen, von irgend einer weniger befriedigenden Ueberkunft Vorteile zu ziehen. Unter keinen Umständen beabsichtigen wir mehr von unsern Schuldnern zu verlangen als notwendig ist, um unsere Gläubiger zu bezahlen. Mehr verlangen wir nicht. Aber jeder wird zugeben, daß wir uns mit weniger Schwierigkeit begnügen können. Denn es soll nicht vergessen werden, obgleich es zeitweilig geschieht, daß wir unsere Verpflichtungen um andere und nicht um unserer selbst willen eingegangen sind. Die britische Regierung und die Hälfte der Alliierten an die Alliierten wurde nicht durch auswärtige Anleihen, sondern durch innere Anleihen und Steuern aufgebracht. Da andere Staaten leider ein gleiches Verfahren nicht einschlagen konnten, mußte Großbritannien bei den Vereinigten Staaten für sie Bürgen sein.

Der Schluß der Note lautet: Weiter oben wurde dargelegt, daß das Problem der internationalen Schulden nicht nur die Alliierten untereinander angeht. Die vormalig feindlichen Länder sind auch darin verwickelt.

Der größte internationale Schuldner ist Deutschland.

Nun schlägt die britische Regierung nicht vor, daß aus Gründen der Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit Deutschland seiner Verbindlichkeiten gegenüber den Alliierten entbunden werden soll. Großbritannien ist bereit sich damit, nachmals zu erklären, daß es von den wirtschaftlichen Schäden, die der Welt durch den gegenwärtigen Stand der Dinge zugefügt werden, so überzeugt ist, daß England unter Vorbehalt der gerechten Ansprüche anderer Teile des Reiches bereit sein würde, jedes Anrecht auf die deutschen Reparationen und alle Forderungen auf Rückzahlung durch die Alliierten aufzugeben. Vorausgesetzt, daß dieser Schritt einen Teil eines allgemeinen Planes bildet, unter dem dieses große Problem als Ganzes behandelt würde und eine befriedigende Lösung gefunden wird. Die allgemeine Regelung würde nach Ansicht der britischen Regierung von größtem Werte sein für die Welt, als irgendwelche Vorteile, die auf einer noch so erfolgreichen Eintreibung rückständiger Verbindlichkeiten beruhen könnten.

Von der Schuldentilgungskommission.

Berlin, 2. August. Nach einer Hinweisung aus Washington verlautet, daß in der ersten Sitzung der Kommission zur Klärung der französischen Schulden von keiner Seite Vorschläge gemacht wurden. Vorwiegend habe nur Informationen über die französische Finanzlage gegeben. Auch in Bezug auf die Zahlungsschwierigkeiten seien keine Vorschläge gemacht worden. Nur habe man im Laufe der Beratungen festgestellt, daß die Lage in Deutschland naturgemäß denjenigen Frankreichs beeinflusst werde.

Wiederausammentritt des Morgankomitees?

London, 2. Aug. Wie der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ mitteilt, wird der Bankierauschuss einberufen werden, in der nächsten Woche zusammenzukommen, um die Bedingungen für eine deutsche Wiederaufbau- und Wiederherstellungsgesellschaft erneut zu erwägen.

Das wiederholte Ultimatum.

Berlin, 2. August. (Von unserm Berliner Büro.) Der „B. Z.“ wird aus Paris gemeldet: Die Morgenblätter veröffentlichten den Wortlaut der deutschen Antwort auf die französische Note über die Ausgleichszahlungen und den Text der Erwiderung, die Poincaré gestern nachmittag an den deutschen Botschafter v. Hoefel gerichtet hat. In französischen Kreisen wurde noch gestern mittag angenommen, daß Poincaré die Angelegenheit in London zur Sprache bringen und mit der Beantwortung der deutschen Note bis zu der Zusammenkunft in London warten werde. Die offizielle Antwort Poincarés hat allerdings, vermutlich selbst im Pariser Ministerium des Auswärtigen, überrascht. Alle Wälder sind darüber einig, daß die von Poincaré angebotenen Vergeltungsmahregeln nur wirtschaftlicher Natur sein könnten, und daß es sich keinesfalls um militärische Sanktionen handele. Der „Gaulois“ wirft die Frage der Beschlagnahme deutschen Privateigentums in Frankreich auf, die er jedoch für unzulässig hält. Andere Blätter rechnen damit, daß Frankreich versuchen werde, im besetzten Rheinland Geldmittel flüchtig zu machen.

Beratungen in Berlin.

Berlin, 2. Aug. (Von uns. Berl. Büro.) Die Reichsregierung hat, bevor sie zu dem neuen Dokument Poincarés Stellung nehmen kann, zunächst die beteiligten Ressorts, insbesondere das Finanzministerium, zur Prüfung der durch die Drohungen und Forderungen Frankreichs geschaffenen neuen Lage aufgefodert. Ein Kabinettsrat ist, wie die „B. Z.“ behauptet, bis zur Stunde nicht anberaumt, da zunächst die Äußerungen der einzelnen Minister abgewartet werden.

Die Londoner Zusammenkunft.

London, 2. Aug. Die englische Regierung wurde amtlich benachrichtigt, daß Poincaré am nächsten Montag in London eintreffen wird. Italien wird bei der Konferenz durch den italienischen Botschafter in London und Cianini vertreten sein.

Deutschland und Frankreich.

Vom Wirklichen Geh. Rat Graf Wedel, Botschafter a. D.

Selbst die größten Optimisten haben einsehen müssen, daß unsere Versöhnungspolitik gegenüber Frankreich unfruchtbar ist, da unsere westlichen Nachbarn den Krieg gegen Deutschland, wie Clemenceau offen bekannte, mit anderen Mitteln fortsetzen. Aber der Grund ihrer Unversöhnlichkeit, die französische Mentalität, wird auch heute noch vielfach verkannt. Die Franzosen sind lebhaft und leidenschaftlich, und man ist geneigt, zu glauben, daß sie deshalb einer sachlichen, auf nüchternen Ueberlegung beruhenden Politik unzugänglich sind, da sie unter der Herrschaft ihres aufgeregten Temperamentes stehen. Man hält sie also für Gefühlspolitiker, in diesem Falle für Haß- und Rachepolitiker.

Ich habe über fünf Jahre der Pariser Botschaft angehört und Gelegenheit gehabt, den französischen Charakter zu beobachten. Der Franzose ist Realpolitiker, weit mehr als der Deutsche, wenn er auch den Engländer nicht ganz erreicht. Von Gefühlen läßt er sich in der Politik kaum beeinflussen. Haß und Liebe dienen ihm nur als Mittel zum Zweck. Frankreich war durch Jahrhunderte unbestritten die erste Macht des europäischen Festlandes. Es hat mit England um die Vormacht in Europa gerungen. Daß das verachtete, uneinige Deutschland, das Volk der Dichter und Denker Frankreich jemals aus seiner Nachstellung verdrängen könnte, hat sich der Franzose früher nicht träumen lassen. Erst als Bismarck die Einigung Deutschlands unter Preussens Führung gelang, wurde er ruhig. Um der Gefahr vorzubeugen, griff er 1870 zum Schwert. Frankreich unterlag und erreichte gerade das, was es verhindern wollte: Frankreich wurde von Deutschland nun rasch und gründlich überflügelt.

Nicht der Verlust Elsaß-Lothringens und die Niederlage von 1870 haben allein den Revanchgedanken in Frankreich wachgehalten, sondern vor allem das Bewußtsein, an Weltgeltung große Einbuße erlitten zu haben und von Deutschland, wenn ich mich so ausdrücken darf, vom ersten Platz dem Festlande verdrängt zu sein und sich mit dem zweiten Platz begnügen zu müssen. Das ertrug die maßlose französische Eitelkeit der grande nation nicht. Ihre Politik wurde seitdem darauf gerichtet, den alten Zustand wieder herzustellen, die Rollen wieder zu tauschen. Dazu sollten die Bündnisse, die nur gegen Deutschland gerichtet waren, dienen. Das Ziel ist für den Augenblick erreicht. Frankreich ist wieder die erste Weltmacht.

Aber ist diese wiedergewonnene Stellung, für die Frankreich alles eingesetzt hat, für die Zukunft gesichert? Es gibt etwa 40 Millionen Franzosen auf der Welt, und sie vermehren sich schlecht. Dem stehen nach Schätzung des italienischen Staatsmannes Ritti etwa 90 Millionen Deutsche auf dem ganzen Erdenrund gegenüber, davon 60 Millionen im deutschen Reich. Die Franzosen verdanken ihr politisches Uebergewicht nur einer politischen Konstellation, und solche dauern nicht ewig. Sie wechseln sogar erfahrungsgemäß oft sehr rasch.

Die Franzosen erkennen, daß es auf die Dauer unmöglich, weil unnatürlich ist, daß ein schwächeres Volk einem ihm an Tüchtigkeit mindestens ebenbürtigen, an Zahl aber weit stärkeren Volk überlegen ist und bleibt. Deshalb versuchen sie, die Situation zu ändern. Durch Elsaß-Lothringen, womöglich durch das linke Rheinufer, hoffen sie sich zu verjüngen, die eigene Volkskraft zu heben und zugleich mit Unterstützung ihrer Helfershelfer, vor allem der Polen, durch möglichst große Gebietsverluste die deutsche Volkskraft zu schwächen. Sie haben mehr erreicht, als sie erwarten konnten, aber es genügt nicht. Wir bleiben trotz allem das numerisch stärkere, zudem sich besser vermehrende Volk. Um ihre Zukunft zu sichern, den wiedergewonnenen ersten Festlandsplatz behaupten zu können, muß das deutsche Reich geprengt, das deutsche Volk zum Krüppel geschlagen, die deutsche Volkskraft noch weit mehr geschwächt werden.

Um das zu erreichen, sehen die Franzosen den Krieg gegen Deutschland mit kalter Ueberlegung fort, nicht, um ihren Rachehaß zu stillen, sondern, weil sie darin eine zwingende Notwendigkeit sehen, um das seit einem halben Jahrhundert mit eiserner Konsequenz verfolgte, mit ungeheuren Opfern an Gut und Blut erreichte Ziel festzuhalten und nicht wieder zu verlieren. Es ist das die logische Folge der Politik Frankreichs seit 1870. Es ist auch nicht eigentlich die Furcht vor der deutschen Rache, welche die Franzosen zu ihrer Vernichtungspolitik treibt, es ist vielmehr die Furcht vor der abermaligen Ueberflügung durch Deutschland, die Frankreich in eine Stellung drängen würde, mit der sich die Eitelkeit der grande nation nicht abfinden vermag. Die Franzosen hätten uns, seitdem wir mächtig waren — aus Reich, und aus dem gleichen Grunde hätten sie die Engländer. Heute haben sie unzweifelhaft den Briten weit mehr als den Deutschen, weil mehr Grund ist, ihn zu beneiden. Aber der Franzmann hat eine politische Disziplin, die dem Deutschen leider fehlt. Er hält es zurzeit für ratsam, seine Gefühle gegen England zu verbergen, den Haß gegen Deutschland aber zu schüren, weil er in sein politisches Programm paßt.

Die Versöhnungspolitik gegenüber Frankreich war von vornherein aussichtslos. Stimmungen und Gefühle können sich ändern, Rachehaß kann gestillt, Haß überwunden werden. Hier aber handelt es sich um nüchterne, politische Berechnung, um ein Ziel zu erreichen und festzuhalten, welches die französische Eitelkeit verlangt. Eitelkeit aber ist eine bleibende Charaktereigenschaft, die nicht, wie Stimmungen und Gefühle, dem Wechsel unterworfen ist. Unter vier Augen sprach und sprach fast jeder Franzose verständlich und verständlich. Der Deutsche, an Aufrichtigkeit gewöhnt, ist leicht zu täuschen. Er vergißt, daß schon Umland von den Wäldern sagt, daß sie anders schreiben als sprechen und anders sprechen als denken. Es ist nicht einmal berechnende Verschlagenheit, die Absicht zu täuschen, die dahinter steckt. Es ist facon de parer

ler. Der Franzose ist höflich und bequem, unangenehme Auseinandersetzungen vermeidet er gern. Er liebt den Streit in seinem Kreise nicht, der ihm keinen Beifall sichert und daher seine Eitelkeit nicht befriedigt.

Für Deutschland und Frankreich ist als Großmächte kein Raum in Europa, weil Deutschland durch die natürlichen Gaben und Kräfte seiner Bewohner die stärkere Großmacht sein muß, was der Franzmann nicht erträgt. Wirklicher Friede zwischen Deutschen und Franzosen wird erst dann sein, wenn das eine oder andere Volk endgültig aufgehört hat, eine Großmacht darzustellen.

Wird uns dieses Los treffen? Der Italiener Ritti, der keineswegs deutschfreundlich ist und zu den Kriegstreibern gehört, sagt in seinem interessanten Buche „Das friedlose Europa“, keine irdische Macht könne verhindern, daß in einigen Jahrzehnten Deutschland die erste Macht in Europa sein werde, dem deutschen Volke gehöre die Zukunft. Dann also blickt nur die andere Lösung, daß Frankreich als Großmacht verschwindet. Es ist noch keinem Volke gut bekommen, zu hoch hinauszujagen und sich zu überheben. Die Franzosen aber wollen eine Rolle spielen, eine Stellung einnehmen, die Frankreichs natürliche Kräfte weit übersteigt. Das wird zur Katastrophe oder zum Verfall führen.

Dann uns die Morgenröte einer besseren Zukunft leuchten wird, wird vor allem von uns selbst abhängen. Erst, wenn das deutsche Volk erkannt haben wird, daß der Feind weder rechts noch links steht, sondern jenseits der deutschen Grenze, daß nur nationale Geschlossenheit und Entschlossenheit uns einer glücklicheren Zeit entgegenführt, dann erst kann die Rittische Prophezeiung sich ihrer Verwirklichung nähern.

Vor der bayrischen Antwort.

Keine Verschärfung des Konflikts.

Berlin, 2. Aug. Wie die „M. B. Z.“ mitteilt, entsprechen die gestrigen Nachrichten einiger Blätter, nach denen sich die Gegensätze zwischen Berlin und München verschärft haben sollen, nicht den Tatsachen.

München, 2. August. Die Vorschläge des bayrischen Ministerpräsidenten Grafen Berchthold zur Beantwortung des Schreibens des Reichspräsidenten befinden sich, wie das D. V. berichtet, bereits seit gestern in den Händen der einzelnen Minister. Sobald der heutige Ministerrat, dessen Zeitpunkt noch nicht feststeht, über die endgültige Fassung entschieden haben wird, wird sie den Koalitionsparteien bzw. deren Führern vorgelegt werden, sobald mit dem Abgang der Antwort frühestens Mittwoch abend, spätestens am Donnerstag gerechnet werden kann.

Die Frage der Koalitionserweiterung ist noch offen. Der Bauerbund soll gutem Vernehmen nach geheimer Auffassung sein und auf dem Standpunkt stehen, daß eine Regierungsumbildung nicht vor Erledigung der schwebenden Fragen zwischen dem Reich und Bayern vorgenommen werden sollte. Ein Teil des Bauernbundes soll sich auch für die Wiederaufnahme der Demokraten in die Koalition einsehen. Die deutschnationale Mittelpartei hat, wie das D. V. von zuverlässiger Seite hört, der Bayerischen Volkspartei verschiedene formulierte Fragen vorgelegt, die sich auf das Verhalten der Partei in allen möglichen Fällen einer Stellungnahme des Reiches zu der bayrischen Verordnung beziehen. Die Bayerische Volkspartei wird sich mit diesen Fragen vermutlich am heutigen Nachmittag in ihrer Präsidialsitzung befassen.

Von einer Situationsaktion der süddeutschen Staaten, insbesondere Württembergs und Hessens für das bayrische Vorgehen ist in Münchener amtlichen Kreisen nichts bekannt. Die hierüber erscheinenden Mitteilungen in der Presse dürften auf Kombinationen beruhen.

Dr. Heim zur Lage.

München, 2. Aug. In einer Bauernversammlung in Tirsfeld führte Dr. Heim in einer längeren Rede aus: Jedes Nachgeben habe eine Stütze. Er könne sich keine bayerische Regierung denken, die nicht wisse, daß es um den letzten Rest der bayerischen Selbstständigkeit gehe und daß bei einem Nachgeben der Volkswirtschaft drohe. Bayern wolle keinen Kampf, aber ein Volk, das seine Heimat nicht liebt sei seiner Heimat nicht wert. In Zukunft brauche man eine große, starke Partei, die regieren könne, wie das Volk es wolle. Zum Schluß forderte Dr. Heim auf, in dem Kampfe um die Rechte der bayerischen Selbstständigkeit einig zusammenzutreten.

Die blaue Flamme.

Roman von Heinz Welken.

Copyright 1921 by Verlag von Rich. Bong, Berlin. (Nachdruck verboten.)

Als er auf die Straße tritt, hat er einen richtigen Kesselpfan im Kopf. Er geht in ein Blumengeschäft, sucht die schönsten Orchideen aus und telefoniert, während die Verkäuferin den Strauß ordnet, Agnes an. Die alte Klutina meldet sich auf den Anruf. Agnes ist auf dem Weg in die Heide gefahren. Panna hat bis jetzt auf Van Hessewinkel gewartet. Gerade eben ist die Panna fortgefahren, kommt aber zum Nachmittags zurück. Panna hat gesagt, daß Klutina zwei Bedeckte auflegen soll. Vielleicht kommt Befehl.

Johannes schaut und läßt die Blumen in ihre Wohnung schiden. Und geht weiter. Der Aufschub, den das Wiedersehen erleidet, ist ihm nicht unerwünscht, obwohl er sich eben noch gefreut hat, daß er nicht eine Minute von den achtundzwanzig Tagen ihr fern sein möchte. Vielleicht wäre es doch noch zu früh gewesen, sie wiederzusehen. Er fühlt sich noch nicht sicher in seinen Nerven.

Er bemerkt die Zeit, sich in einem Reisebüro den Plan zu einer vierwöchigen Nordlandreise ausarbeiten zu lassen, mit den Aufschreibungen und den genauen Angaben der vermutlichen Kosten. Dann geht er auf die Bank und hebt 2000 Mark ab. Das wird für beide reichen. Er kauft einen Wädelor und setzt sich in ein Koffee, um den Kesselpfan genau zu studieren und eine Liste der Dinge zusammenzustellen, die er noch kaufen muß. Uebermorgen früh, vielleicht schon morgen abend werden sie reisen können. Mit der Bahn über Bornumünde nach Kopenhagen, dann über Roldmø nach Odshøborg und Stockholm.

Er arbeitet wie unter einer Zwangsvorstellung und kann an nichts anderes mehr denken als an Dinge, die die Reise betreffen. So sitzt er mehrere Stunden im Koffee.

Als er am Abend in die Herkulesstraße einbiegt, sieht er Agnes auf dem Balkon nach ihm ausschauen. Er eilt die Treppen hinauf, zwei Stufen auf einmal nehmend. Sie kommt ihm entgegen. Mit einem Anblick schreit sie an seinen Hals.

„Hans! Du! Du!“

„Er hält sie fest und küßt sie lange. Agnes, seine Agnes! Jetzt hält er sie wieder.“

Sie läßt sich aus seinen Armen. „So, Hans! Das wäre für den Anfang. Und nun wollen wir vernünftig sein und uns auf den Balkon setzen, während die Klutina den Tisch deckt.“

Reichsminister in Bayern.

München, 2. Aug. Reichsminister Groener wird anlässlich eines Besuches in München diese Woche auch in Augsburg einen kurzen Aufenthalt zur Orientierung über die dortigen Eisenbahnverhältnisse nehmen. Reichsernährungsminister Dr. Fehr hat sich zu einem Urlaub in das Allgäu begeben.

Die Bayerische Volkspartei der Pfalz.

ORB. Mannheim, 2. Aug. Die Vorstandsschaft des Pfalzverbandes der Bayerischen Volkspartei hat laut „Pfälzer Volksbote“ in einer in Mannheim abgehaltenen Sitzung nach reger Aussprache eine Entschliebung angenommen, durch die

- 1. die Stellungnahme der bayerischen Regierung gegenüber den sogenannten Schutzgeboten und damit die der Regierung zustimmende Haltung der pfälzischen Abgeordneten der Partei im Landtage vollkommen gebilligt wird, und
- 2. von den Parteifreunden der Pfalz in Stadt und Land erwartet, daß sie einwilligen Versuchen, die Pfalzfrage im jetzigen Augenblick in legend einer Form aufzulösen, mit allen Mitteln rücksichtslos entgegenzutreten.

Deutsches Reich.

Der Durchgangsverkehr nach Ostpreußen.

WB. Danzig, 1. Aug. Für das am 21. April d. J. in Paris zwischen Danzig, Deutschland und Polen abgeschlossene Abkommen über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland, das kürzlich ratifiziert wurde, ist nach Paragraph 11 zur Schlichtung aller aus der Auslegung und Erfüllung dieses Abkommens sich ergebenden Schwierigkeiten ein Schiedsgericht zuständig, das aus einem Danziger, einem Deutschen und einem Polen sowie einem Vorsitzenden besteht, der von den drei Staaten gewählt wird. Der Vorsitzende soll einem Lande angehören, das während des Krieges neutral geblieben ist. Zum Danziger Richter wurde Oberregierungsrat Dr. Draeger ernannt. Polen bestellte den Abteilungschef im Eisenbahnministerium Franz Kostwa zum Mitglied des Schiedsgerichts.

Das Verbot des Lokalanzeigers.

Berlin, 2. Aug. (Von unv. Berl. Büro.) Der Berl. Lok. Anz. hat gegen das vom preussischen Minister des Innern Seevering ausgesprochene Verbot bereits Beschwerde eingebracht. Diese Beschwerde hat aber dem Minister Seevering noch nicht überreicht werden können, da der Minister erst morgen vormittag Streit haben wird, die Beschwerdeführer zu empfangen. Der Minister kann dann das Verbot von sich aus aufheben oder den Einspruch an den Preussische Staatsgerichtshof weiterleiten, der dann ungefähr binnen drei Tagen die Entscheidung trifft.

Berlin, 2. Aug. (Von unv. Berl. Büro.) Berlin ist von einem neuen Verkehrskrisis bedroht. Die Hochbahner haben in der Irregularität den Streik beschlossen und auch die Straßenbahnfahrer planen wegen der Differenzen bei den Tarifverträgen in den Streik zu treten.

Berlin, 2. Aug. (Von unv. Berl. Büro.) Zu dem gestrigen Streikbeschluss der Hochbahner erschließen wir noch, in letzter Stunde hat sich die Lage insofern geändert, als der Oberpräsident als Demobilisationskommissar gestern abend den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern der Hochbahn seine Vermittlung angeboten hat. Es ist damit zu rechnen, daß die Vermittlungsverhandlungen vor dem Demobilisationskommissar noch im Laufe des heutigen Tages, spätestens aber morgen vormittag beginnen werden. Von ihrem Verlauf wird es dann abhängen, ob der gestrige Streikbeschluss der Hochbahner in die Tat umgesetzt wird.

Baden.

Gegen die Strafverfolgung von Ausschreitungen.

ORB. Bruchsal, 2. Aug. Die badische Regierung wird wegen der Strafverfahren, die von der badischen Staatsanwaltschaft gegen die linksradikalen Elemente eingeleitet worden sind, die im Hinblick auf die Rathenau-Demonstration in verschiedenen badischen Städten Ausschreitungen verübten, von den Kommunisten in der schärfsten Weise angegriffen. Wie das kommunistische Organ Badens berichtet, hat eine Funktionärerversammlung des Generalsekretariats Bruchsal in einer Entschliebung erklärt, daß die Funktionäre, solange die reaktionären Kräfte frei herumlaufen mit allen organisatorischen Mitteln gegen eine Verfolgung der Arbeiter vorgehen würden. Das Generalsekretariat Bruchsal wird sich sofort an die zuständigen Spitzenverbände wenden, um die Strafverfolgung gegen die Kollegen auszuheben.

Geldknappheit in der Landwirtschaft.

ORB. Karlsruhe, 2. Aug. Der Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften schreibt: Die zunehmende Geldknappheit macht sich auch in der Landwirtschaft außerordentlich hart

fühlbar. Nach einer Mitteilung der Badischen Landwirtschaftskammer in Karlsruhe mehren sich die Kreditverweigerungen der Genossenschaften in auffällender Weise.

III. Juchburg, 1. Aug. Oberbürgermeister Dr. Thoma nimmt in einer Zuschrift an die „Freiburger Tagespost“ Stellung zu dem ihm in dem im Landtag erörterten Geheimbericht des badischen Generalkommandos während des Krieges 1917 untergeordneten Beurlaubten, er habe dafür gehalten, Elch-Bohringen müsse die internationalen Pufferstaaten werden. Dr. Thoma bezeichnet diese Behauptung als völlig unrichtig.

Die österreichische Finanzlage.

Berlin, 2. Aug. Wie aus London gemeldet wird, hat der Währungsminister ausdrücklich betont, daß er und das Komitee des Währungsvereins bereit seien, für Oesterreich ein neues Währungsprogramm während des Krieges 1917 untergeordnetem internationaler Pufferstaat werden. Dr. Thoma bezeichnet diese Behauptung als völlig unrichtig.

Berlin, 2. Aug. Der österreichische Bundesfinanzminister hat sich zur Zeit in Prag aufhält, äußerte sich dahin: Sein Sanierungsprogramm sei auf 3 Grundteilen aufgebaut: Währungsreform, Finanzplan und auswärtige Kredite.

Griechenland und Konstantinopel.

WB. Paris, 1. Aug. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel werden von den alliierten Oberkommissaren die im Falle eines Vormarsches auf Konstantinopel zu treffenden Maßnahmen erwogen. Sie würden sich nicht nur auf die vorrückenden griechischen Truppen, sondern auch auf die zurzeit in Konstantinopel befindlichen griechischen Waisenkinder erstrecken.

Aus Sowjetrußland.

Eine internationale Arbeiterleihe.

Moskau, 1. Aug. Der Moskauer Korrespondent der „Rizka“ schreibt seinem Blatte: Das Moskauer Komitee internationaler Arbeiterhilfe hat einen neuen Plan für die wirtschaftliche Wiederherstellung Rußlands ausgearbeitet, nach welchem eine internationale Arbeiterleihe beschlossene werden soll. Zu diesem Zwecke beschließt man, Obligationen einer Art der Weltarbeiterschaft im Werte von einer Million Dollar herauszugeben. Die Leihe wird vor allen Dingen ein philanthropisches Unternehmen dargestellt. Für die Summe, die durch den Verkauf der Obligationen erwartet werden, plant man, im Ausland landwirtschaftliche Maschinen, Lebensmittel, Kleidungsstücke usw. einzukaufen. Wie verstanden, ist die Sowjetregierung bereit, der internationalen Arbeiterhilfe alle Ressourcen aller Art zu gewähren, um auf diese Weise den „Wirtschaftsfonds“ zu vergrößern und außerdem die Zahl der Unternehmungen in proletarischen Händen zu vergrößern.

Zurück zur Privatwirtschaft.

Moskau, 1. Aug. Das Eisenbahnkommissariat hat als erste unter den Behörden der Sowjetrepublik mit dem Prinzip der Staatssozialismus gebrochen. Es hat die Statuten der Arbeitergesellschaft genehmigt, die die Aufgabe übernommen hat, die Eisenbahn Wscholok-Russkij in Sibirien zu bauen und in Betrieb zu nehmen. Das Eisenbahnkommissariat begründet diesen Schritt mit der Unmöglichkeit, aus Staatsmitteln die Bahn, die die reichsten Gegenden Sibiriens gehen wird, zu bauen. Darin lehrt Rußland zu dem Prinzip der Privatwirtschaft überzugehen, die sogar in den letzten Jahrzehnten der Zarentums in Rußland für überwinden galt.

Die Briefe der Zarin Alexandra.

Berlin, 2. Aug. (Von unv. Berl. Büro.) Die Lage erscheint in einem großen Verlag der erste Band der Briefe der Zarin Alexandra Theodorowna an den Zaren Nikolai II. Die von den Berliner Zeitungen veröffentlichten Auszüge bestätigen den Eindruck, daß die Zarin an Einsicht und Energie in der Gemahlin bedeutend überlegen gemessen ist. Demerselben Wert sind vor allem jene Stellen, worin der verleierte Stolz der Zarin darüber zum Ausdruck kommt, daß der Zar vor dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch im Hauptquartier eine ziemlich traurige Rolle spielte. Sie schreibt den Gatten immer wieder dazu an, das Kommando selbst zu übernehmen und sie trägt in ein höheres Entschließen, als der Zar endlich diesen Schritt zu unternehmen mag. „Du hast“, schreibt sie an ihn, „keine Macht gezeigt, jetzt gehe, du bist der Selbstherrscher bist, ohne den Rußland nicht existieren kann.“

Die Briefe bieten auch ein interessantes Quellenmaterial über die Rolle, die der russische Bauer Rasputin, dessen Ermordung das Sturmsignal der neuen Revolution war, in der Krönigin der Zarenfamilie gespielt hat.

Sie klatscht in die Hände. „Ach ja! Märchen! Auf was für hübsche Einfälle du kommst!“

Dann streckt sie ihm die Hand hin. „Also abgemacht! Und schenke macht du mir nicht mehr. Sonst — sonst —“

Sie senkt den Kopf und sagt es ganz leise: „Sonst müßte ich mich schämen.“

Er drückt ihre Hand gegen die Lippen und hält sie lange. „Ich wollte dir nichts schenken. Nur eine kleine Freude machen ich die machen, Märchen.“

„Freude wollest du mir machen mit toten Blumen?“

„Mit toten Blumen?“

Sie wird ernst. „Ja. Es sind tote Blumen. Schlimmer als das. Es sind sterbende Blumen. Weißt du das nicht, und bist doch sonst so klug, mein Bub?“

Rur so lange die Blumen am Strauß hängen, so lange sie von den Wurzeln gepfeift werden, leben sie und können sie sich erheben, um zu Früchten zu werden. Aber wenn man sie abschneidet, müssen sie sterben.“

Sie wirft ihren Arm um ihn und gleißt ihn an sich.

„Aber wir zwei, wir wollen vom Sterben nichts wissen. Wir wollen leben, du für mich und ich für dich und wir beide für einander. Herrgott! Wie schön ist doch das Leben! Du mußt es noch nicht. Leben ist alles. Niemals wieder darfst du mir etwas Sterbendes bringen. Bist du mir böse, wenn ich die Blumen hinantragen lasse? Die Klutina hat sie hingestellt. Sie hat gedacht, daß es so sein müßte. Bist du mir böse?“

Ohne seine Antwort abzuwarten, geht sie ins Zimmer und trägt die Wase hinaus. Er sieht ihr nach und grüßt die Zöhre in den Lippen. Und wieder steigt ihm das Wasser in die Augen.

Wie sie am Boden hängt!

Wie sie zurückkommt, eilt er ihr entgegen und preßt sie an sich. Er umspannt mit beiden Händen ihren Kopf und drückt seinen Mund in ihr Haar.

„Agnes, du, du! Meine Agnes!“

„Nicht doch, Bub! Wie ich aussehe! Meine Friseur. Was hat die Klutina denken?“

Sie macht sich frei und huscht ins Antkezimmer. Er will ihr folgen. Aber sie schließt schnell die Tür.

„Nein, nicht hier herein! Hier ist noch nicht aufgeräumt. Hier hast du jetzt gar nichts zu suchen. Geh' dich an den Tisch und hübsch artig!“

Während des Essens entwirrt er ihr den Plan der gemeinsamen Reise. Sie ist sofort damit einverstanden. Nur die Route will sie geändert wissen.

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

„Kopenhagen kenne ich schon. Das ist langweilig. Das ist gerade so eine Großstadt wie alle anderen. Wir wollen weiter hinauf nach Norden.“

(Fortsetzung folgt.)

Zernagtes Grenzland.

(Nachdruck verboten.)

Wie der Holzbock das Gebüß verjagt, so jagt die Valuta in die Grenzen.

Die Einstellung der Bevölkerung in die Währung des valutarichten Nachbarlandes — oder überhaupt in die bessere Valuta — tritt in den Grenzgebieten am stärksten hervor. Abgesehen von den üblichen staatlichen, städtischen und geschäftlichen Aufschlägen und Gebühren bei Grenzübertritten, Besuchen, Liebernahmen, Einkäufen usw., richten sich auch Industrie, Handel, Handwerk und Private nach Franken, Dollar, Gulden und Krone.

An der schweizerischen Grenze gibt der Schweizer Frank den Ton an. Hier werden in Zeitungsanzeigen stille und lästige Geschäftshändler gesucht mit Einlagen von 500 Frank an aufwärts. In Haus- und Geschäftsvorfällen, für Besichtigungen und Vorarbeiten werden Frankengelder gesucht. Wie viele Häuser längs der Grenze offiziell in schweizerischen Besitz übergingen, ist bekannt; es sind ihrer gar viele; wie viele durch Strohmänner und Geldgeber privat in schweizerischen Besitz übergingen, ist nicht bekannt; es sind ihrer noch mehr. Aber auch in kleinen Anzeigen zeigt sich die Frankenjagd. Antiquarische Möbel, neue Salons, Herrenzimmer und ganze Einrichtungen werden gegen Franken angeboten; Teppiche, wertvolle Gemälde, alte Stiche, wertvolles Porzellan und Jinn, Bücher und kleine und große Bibliotheken, medizinische und optische Instrumente, Maschinen und Apparate, Nachen und Boote, Herren- und Damenstiefel bis herunter zu Reistiefeln mit und ohne Sporen — alles ist gegen Franken zu haben. Aber nicht alle Verkäufe entspringen der Frankenjagd. Wie manches ist darunter, das aus Rot verkauft wird! Es sind dies besonders goldene Uhren, Kinderbettstellen, Bücher, gebrauchte Fotoapparate usw. (Über auch in diese Verkäufe verdrängter Armen, in die Verkäufe dieser unerschuldet in Rot gekommenen, zwischen schon geschäftsmäßige Händler hinein.) Der Frank nagt an der Grenze!

Destes sucht junges deutsches heiratsfähiges Volk in der Schweiz Bekanntschaften zwecks späterer Heirat. Frankenliebe in doppeltem Sinne. Und man kann es den Suchenden nicht einmal verargen, denn welcher Vater kann heute seine Tochter nicht ausheuern? Da laßt die Tochter dem Vater die Aussteuerfragen abzunehmen durch eine Schweizerliebe. Und der junge Mann macht es ebenso. Es kam auch schon vor, daß auf diese Weise bedeutende Altersunterschiede durch die zahlenmäßige Frankenumrechnung ausgeglichen werden mußten. Jugend wurde erkauf durch Franken, oder Alter wurde durch Franken jung geschminkt. Abends aber hat die Schminke Duft und Farbe verloren. Wie lange dann der Traum noch hält? — Der Frank nagt an den Herzen!

Die Währung baut Brücken, sie macht den Abbruch von getrennten Familienverhältnissen leicht, sie läßt Besitz vergessen, vermacht Altersunterschiede, sie soll Häuser und Geschäfte neu erbauen lassen, soll Handel und Industrie neue Grundlagen geben, soll einerseits neu aufbauen, was sie andererseits zusammenriß. Franken verdienen, mit den Franken dann aber über die nahe Grenze zu gehen. Franken: nach uns die Einkünfte! Wie sehr weite Kreise der Grenzlande vom Frankentum erfaßt sind, zeigen die Verkaufspreise, die man täglich hören kann: „Wir sollten halt schweizerisch werden!“ Solche Sehnsucht zeugt von unerschütterlichem Eigenvertrauen. Denn die Wünsche sprechen damit aus, daß ihr eigener Landstrich, möglichst schnell, schweizerisch würde, damit sie selber Franken verdienen, den den Franken dann aber über die nahe Grenze nach Deutschland händeln könnten, um hier billig zu leben. Die Sehnsucht dieser Menschen ist schlimmer von der Frankennähe, als die Sehnsucht der, die die Geschäftsmacher, die auf der Grenze ihre Geschäfte aufbauen.

Ein gepflanzter und ein vollzogener Frankenfall soll nach erwähnt sein, weil der Umfang beider groß ist. Der gepflanzte Fall. In einer Zeitung im Saargebiet wurde dieser Tage ein Kaufvertrag mit 20 Räumern, Heizung, Gas, elektr. Licht, eigene Duelle, Jagd, mit Barmaler- und Wächterhaus, Nebengebäude, Detonationsgebäude, Stallungen, Garage, alter Park, Obstplantagen, 4 Morgen Land, Hopfenanlagen, große Seefront, massive Ufermauer, eigener Hof mit Bootshaus, Badehaus. Nach andres Schönes war genannt, dann: Preis 40 000 Dollar oder entsprechend andere Valuta. Der vollzogene Fall. Der „Schöte“ in Heberlingen meißt von der Insel Melchou (im Bodensee) unterm 20. Juli: „Das auf der Rheinseite der Insel gelegene prächtige Schloss Königegg, das von dem ehemaligen Konstanzer Fürstbischof von Fugger-Rittberg-Weihenhorn um die Mitte des 17. Jahrhunderts erbaut worden ist, ging um den Kaufpreis von 10 000 Dollar aus dem langjährigsten Besitz des Sanitätsrates Dr. Seligle in die Hände eines Amerikaners über. Das zum Schloss gehörige wertvolle Nebengebäude und ein kleiner Teil des Mobiliars sind in dem Kaufpreis mit einbezogen.“

Die Ursachen der Verkäufe sind nicht bekannt — sind es Geldfragen oder sind die Belastungen durch Steuern so hoch, daß sie nicht mehr getragen werden können, daß die Besitzer also verarmt sind und sehr müssen, wieder zu Geld zu kommen; oder aber, ob die Ursache der Frankennähe ist. — Genug: Große Gebiete hat Deutschland offiziell verloren; an der geliebten allen Grenze aber nagt der Dollar oder eine entsprechende andere Währung wie ein Holzbock. Frankennähe! Weh! Endes Frucht des Friedensvertrages Karl Birner, Konstanz.

Wirtschaftliche Fragen.

Wichtige Ergebnisse für die Hofennumschlagbetriebe

hätten die jetzt stattgefundenen Verhandlungen des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes für die Rheinlandschaft mit Vertretern der deutschen und holländischen Arbeitnehmerverbände. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen: Zum Boden und Wägen in deutschen Häfen werden holländische Fahrzeuge freigegeben, wenn ihre Bearbeitung durch den Ausbruch des Streikes unterbrochen worden sind oder wenn ihre Bearbeitung als Notstandsarbeiten anzusehen sind. Es werden die deutschen Fahrzeuge freigegeben, die am 18. Juli in Rotterdam fertig beladen waren, ferner solche deutschen Fahrzeuge, die bis zum 20. Juli in Rotterdam mit der Ladung begonnen haben. Die Freigabe in Rotterdam erfolgt durch Verfügung der Rotterdamer Streikleitung auf Antrag des deutschen Transportarbeiterverbandes. Es wurde ferner beschlossen, eine Liste aufzustellen über die holländischen Fahrzeuge, die hinter deutschen Schleppbooten bis 22. Juli beladen, aber Emmerich passiert haben. Eine Liste der Röhre, deren Freigabe beantragt worden ist, wird an den deutschen Transportarbeiterverband weitergegeben. Es sollen regelmäßige Besprechungen der deutschen Arbeitgebervertreter mit der Streikleitung in Rotterdam stattfinden über die Einreisewerkschaften, über die Liste der freizugebenden Schiffe und die Bearbeitung der Ladung.

Städtische Nachrichten.

Die Tagung des Verbandes der deutschen Diplom-Kaufleute.

Am dritten Tage der Konferenz der deutschen Diplom-Kaufleute sprach zunächst Herr Prof. Dr. Erdel über

„Streitfragen des neuen Angestelltenrechts“.

Zu Beginn seiner Ausführungen legte der Vortragende dar, daß das neue Arbeitsrecht, worunter die nachrevolutionären Bestimmungen und Verordnungen zu verstehen sind, das alte Arbeitsrecht nicht etwa aufhebt, sondern nur ergänzt, neben dieses gestellt ist. Würde man das beachten, so meinte Prof. Erdel, könnten manche Streitfragen von vornherein vermieden werden. Die der nötigen Sorgfalt entbehrende Gesetzgebung hat zur Folge gehabt, daß eine Reihe von Streitfragen entstanden. Aus ihnen zog der Referent sechs heraus, die hauptsächlich auf das Gebiet des Tarifvertrages und des Kündigungsrechtes fallen. Die erste von ihm behandelte Frage war so gestellt: Kann ein Tarifvertrag vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung (wie das Arbeitsministerium seit 15. Juni heißt) mit rückwirkender Kraft für allgemeinverbindlich erklärt werden? Bei Behandlung dieser Frage ging Prof. Dr. Erdel auf das Tarifvertragsrecht überhaupt ein. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages bindet alle Arbeitgeber und -nehmer, sie ist aber erst nach Abschluß eines Tarifvertrages und nur auf Antrag und nach Prüfung möglich. Nun schließen die Verbände die Tarifverträge oft mit rückwirkender Kraft ab und es fragt sich, ob die Außenverträge, die also nicht einem der Vertragsunterzeichner-Verbände angehören, gezwungen sind, diese rückwirkende Kraft anzuerkennen. Die Meinungen der Wissenschaftler gehen darüber auseinander. Nun hat das Reichsgericht der Streitfrage praktisch dadurch ein Ende gemacht, daß es in einem ihm vorgelegten Falle entschied, daß bei allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen die rückwirkende Kraft auch für die Nichtorganisierten gilt.

Die zweite Streitfrage, die der Vortragende behandelte, betraf die Anerkennung oder Nichtanerkennung eines Nachzahlungsrechts für einen Arbeitnehmer, der in einer Zeit aus einem Betriebe ausgeschieden ist, die vor dem Abschluß eines Tarifvertrages, aber nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses mit rückwirkender Kraft ausgefallenen Tarifvertrages liegt. Sie wird eine Streitfrage bleiben, solange nicht eine Reichsgerichtsentcheidung den Streit praktisch erledigt. Von einer herrschenden Auffassung kann man in diesem Falle nicht reden. Wohl aber in der Frage, ob ein Arbeitnehmer, der untertariflich gearbeitet und seine Tarifansprüche nicht geltend gemacht hat, berechtigt ist, den Differenzbetrag zwischen dem tariflichen und dem erhaltenen Lohn nachzufordern. Selbst für den Fall, daß der Arbeitnehmer sich schriftlich oder mündlich oder notariell mit den untertariflichen Bedingungen einverstanden erklärt hat, wird dieser Vertrag null und nichtig, wenn der Arbeitnehmer sich auf den allgemeinverbindlichen Tarifvertrag beruft. Für die Zukunft also müssen dem betr. Arbeitnehmer, wenn er es verlangt, die tariflichen Bedingungen zugestanden werden. Die Frage ist nur, ob er es, wenn er bislang hilfslos gewesen und z. B. das niedere Gehalt eingestrichelt hat, die zu wenig erhaltene Summe zurückfordern kann. Die herrschende Auffassung ist die Ablehnung der Rückforderung selbst in dem Falle einer Völligkeit, des Nichtbestehens des Arbeitnehmers um den Tarifvertrag. Es ist nicht zu verkennen, daß mit einer solchen Auffassung der Entziehung aus den Tarifverträgen ein gewisser Vorbehalt geleistet wurde und neuerdings haben sich drei Gerichte (zwei Reichs- und ein Preussischer Obergericht) auf den entgegen gesetzten Standpunkt gestellt.

Bon den Streitfragen über das Kündigungsrecht griff der Vortragende die Frage heraus, ob ein Arbeitnehmer sich gegen den Einspruch auf eine Kündigung eines Arbeitnehmers auch nach dem Abschluß kann, wenn er die Zustimmung des Betriebsrates erst nach

der erfolgten Kündigung einholt. Prof. Dr. Erdel beantwortet die Frage dahin, daß das Entscheidende in dieser Frage sei, ob die Zustimmung noch rechtzeitig, d. h. also am letzten Tage, an dem noch auf den betr. Termin gekündigt werden kann, erfolgt ist, d. h. z. B. bei einer Kündigung auf 1. Juli am 19. Juli. Zuletzt befähigt sich der Referent mit der Beleuchtung der Rechte eines kündigungsgünstig entlassenen Arbeitnehmers. Nach dem alten Arbeitsrecht kann dieser bei gerichtlicher Erben und gegebenenfalls wegen ungerechtfertigter plötzlicher Entlassung Gehaltszahlung bis zum nächsten Kündigungstermin stellen. Nach dem neuen Arbeitsrecht kann er daneben noch sich bei dem Betriebsrat gegen die kündigungsgünstige Entlassung zur Wehr setzen und gegebenenfalls durch den Schlichtungsausschuß entscheiden lassen, der dann im Falle des Ungerechtfertigtheits der Kündigung auf Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers oder auf Zahlung einer Abfindungsbetrag nach bestimmten, im Betriebsratsgesetz festgelegten Normen entscheiden kann. Die Ausführungen begrenzten sich abgesehen von dem Interesse und der Vorzüge sprach dem Referenten den Dank der Zuhörer aus.

Den letzten Vortrag in der Reihe der Veranstaltungen hielt Herr Prof. Dr. Rahlberg über

„Neuere Fragen aus der Verrechnungsschicht bei schwankender Währung“

behandelte er im wesentlichen die Gesichtspunkte, die unsere Leser aus der kürzlich von uns im Auszug veröffentlichten Vorlesung ansatzlich der Schlichter der Handelshochschule kennen. Es erübrigt sich daher, heute auf das Referat, das gleichfalls dankbar aufgenommen wurde, näher einzugehen.

Die Tagung fand mit einem Ausflug nach Schwetzingen gestern ihren Abschluß.

FF.

Staatlerärztliche Dienstprüfung.

Die Kandidaten: Dr. Otto Kugeler in Tengen, Dr. Karl Bed in Freiburg, Dr. Karl Wügel in Karlsruhe, Dr. Friedrich Christian in Langenlinsbach, Dr. Wilhelm Gärner, Stadtarzt in Elm a. D., Dr. Franz Däferle in Freiburg, Dr. Ernst Heim in Wöhningen, Dr. Adolf Müller in Forstheim, Dr. Wilhelm Reinhold in Altsheim, Dr. Guido Schott in Freiburg, Bruno Türkheimer in Elzach, Dr. Alfred Wächter in Freiburg, Dr. Emil Weinberger in Königsbach und Dr. Hermann Wolf in Odenheim, sind nach ordnungsmäßiger abgelegter Prüfung zur Anstellung im staatlerärztlichen Dienst befähigt erklärt worden.

Wertverleih mit Polen.

Nach und aus Polen werden vom 1. August an Wertverleihe bis zum Höchstbetrage von 1000 Franken befördert. Nachnahme ist vorläufig nicht zugelassen, wohl aber das Verlangen der Selbstleistung. Ein Austausch von Wertverleihen findet zunächst nicht statt. Für den Verkehr mit bolschewistischen Verleihen ist bei den bisherigen Bestimmungen.

Verkehrsverbände.

Im Jahresplan sind, soweit Mannheim betreffende Dinge in Frage kommen, in letzter Zeit nachstehende Veränderungen eingetreten: Die bestmögliche Personenzüge 337, Mannheim ab 6.10 Vorm., Würzburg an 10.57 Vorm. und 388, Würzburg ab 4.15, Mannheim an 8.40 Nachm. halten nunmehr in Borsberg-Wödingen; Zug 337 Borsberg an 9.35 Vorm., Zug 388 Borsberg an 5.38 Nachm. Zwischen Frankfurt und Offenburg sowie umgekehrt verkehrt zur Entlastung der fahrplanmäßigen Schnellzüge während der Dauer des härteren Verkehrs ein weiteres Schnellzugpaar, das über Mannheim geleitet wird, in folgendem Fahrplan: Borsberg D 2; Frankfurt a. M. ab 7.00 Vorm., Darmstadt ab 7.30, Friedelsfeld Nord ab 8.31, Mannheim an 8.43, ab 8.53, Karlsruhe an 9.55, ab 10.00, Offenburg an 11.19 Vorm., mit Halt in Kallst., Baden-Oos und Appenweier. Borsberg D 75; Offenburg ab 5.13 Nachm., Karlsruhe an 6.34, ab 6.45, Mannheim an 7.40, ab 7.56 (mit durchlaufenden Wagen nach Hamburg-Altona) Frankfurt am Main an 9.33 Nachm. Hauptzug D 75, der neben den Wagen nach Hamburg-Altona auch einen durchlaufenden Wagen nach Bremen-Norddeich führt, folgt nach Borsberg D 2 und vermittelt u. a. auch eine unmittelbare Übergangsmöglichkeit auf den über Heidelberg verkehrenden D 2 nach Freiburg-Basel, auf den dahin fahrenden Personen in Karlsruhe oder Offenburg übergehen können.

Nahme von Zahlungsmitteln ins Ausland.

Das Landesfinanzamt teilt mit: Es hat sich gezeigt, daß viele Landwirte die Bestimmungen des Kapitalfluchtgesetzes vom 24. Dezember 1920 — R. G. Bl. S. 33 —, wonach zur persönlichen Abnahme von mehr als 20 000 Mark (bisher 3000 Mark) über die Grenze die vorherige Zustimmung des zuständigen Finanzamtes erforderlich ist, nicht beachten und zum Teil wohl auch nicht kennen. Dies führt dann zu für die Beteiligten sehr lästigen Verhandlungen der Zoll- und Grenzauufsichtsdienste und zu Strafverfahren. Erfolgt im Strafverfahren ein vorübergehendes Erkenntnis, so muß trotz geringerer Vorwürfe der gesamte Geldbetrag, der verbotsmäßig über die Grenze zu bringen versucht wurde, eingezogen werden, also nicht nur der 3000 Mark oder nummehr 20 000 Mark überschreitende Betrag. Bei der Landwirten, welche sich bisher Verleihen wegen die ermäßigte Bestimmung des Kapitalfluchtgesetzes zu Schulden kommen ließen, handelte es sich sehr oft um solche, welche sich jenseits der Grenze kaufen wollten. Sie werden daher darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich, falls sie mehr als 20 000 Mark mit über die Grenze nehmen wollen, zuvor von dem für sie zuständigen Finanzamt (nicht erst vom Finanzamt des Grenzgebietes) die erforderliche schriftliche Genehmigung einholen müssen.

Heberverteilungen beim Telefonieren.

Der Inhaber eines Fernsprechanchlusses dürfte sich früher für die Benutzung seines Anschlusses durch einen Dritten von diesem nur die Einzel-Gebühren

Vom Kampf um das gute Buch.

epd. Die Schundliteratur ist nach dem Kriege üppiger geworden denn je. Auf Schritt und Tritt begegnet uns heute die bekannten Hefte, die in Folge des ungeheuren Abwärtens nach für 1.20 Mark, also nur das Zwiefache des Friedenspreises, geliefert werden können, während die billigen guten Sammlungen schon längst diese Konkurrenz aufgeben mußten. Sie erscheinen in der Regel in Auflagen von nicht unter 100 000, weil sonst der billige Preis nicht die Ausgaben werden könnte. Nach sorgfältiger Berechnung kann man die augenblicklich umlaufenden Schundhefte auf 3 Milliarden schätzen. Dabei sind nur solche Serien berücksichtigt, über deren Zugehörigkeit zum Schund kein Streit entstehen kann.

Was kann dagegen getan werden? Von verschiedenen Seiten werden den Reichsbehörden Entwürfe zu Schundheften vorgelegt; die Entwürfe werden abgelehnt, weil man bei den entscheidenden Stellen aus verschiedenen Gründen eine gesetzliche Regelung nicht für angebracht hielt. Es gilt nunmehr den einzigen Weg zu beschreiten, der noch geblieben ist, nämlich die Öffentlichkeit gegen den Schund aufzurufen.

Die Hauptstelle zur Bekämpfung der Schundliteratur hat es übernommen, im Einverständnis mit einer Reihe von ähnlich angelegten Verbänden, eine kürzlich zusammengestellte Reichs-Schundliste als Unterlage für künftiges Vorgehen in großer Zahl zu verbreiten. Die Liste enthält 123 der gefährlichsten Schundhefttitel, und zwar ausdrücklich nur solche, die nachweislich bei Schullehrern gefunden wurden. Gleichzeitig ist eine Liste billiger guter Bücher erschienen, die allen, denen Erziehung und Bildung am Herzen liegt, erwidern soll, durch Erziehung zum guten Buch die Weisung zum Bösen in die rechte Bahn zu leiten.

Die Hauptstelle hat sich nun um Mitarbeit in diesem Kampfe sämtliche Kultusministerien der Länder gewandt, an sämtliche Städte über 20 000 Einwohner, an eine Reihe zusammenschließender Universitäten. Bereits hat das badische Ministerium des Kultus und nachher: eine Reihe von Kreislungen und Kreisoberämtern Schundhefttitel zur Verfügung gestellt.

Für Mitte Oktober ist eine Verurteilung gegen alle Schundhändler des Reiches geplant. Es soll zunächst versucht werden, gegen die Verurteilung, den Vertrieb von Schundheften aufzugeben; als Mittel für den Zweck im Geschäft — das ist Sache der örtlichen Behörden — wird ihnen Gelegenheit geboten, an Hand von Listen ungeliebter Hefen sich mit ihrem Geschäft nach dieser Richtung abzusichern. Wie auf diesem Wege nichts erreicht, so ist dann die Verurteilung nach einer Entscheidung des Landesgerichts II in

Berlin vom 14. Februar 1912, sowie des Amtsgerichts Dresden vom 31. Januar 1922 rechtlich zulässig. Die letztere Entscheidung beschäftigte sich mit einer Berufsprüfung, wie sie in Dresden von der Buchhandlung des Reichsjugendrings bereits geübt wird: diese Buchhandlung veröffentlichte gedruckte Listen derjenigen Dresdener Geschäfte, die trotz Aufforderung den Handel mit Schund nicht unterlassen; Eltern, Lehrer, die Jugend werden aufgefordert, in diesen Geschäften, die den Handel mit Schundheften meist nur nebenber betreiben, nichts mehr zu kaufen. Das Amtsgericht bemerkt dazu: „Die Veröffentlichung ist nicht zu beanstanden, da im Interesse der gesamten Jugend eine schnelle und weite Verbreitung geboten sowie notwendig war.“ Das Dresdener Schulamt hat die Berufsliste an sämtliche Schulen seines Bereichs verschickt. In Berlin werden augenblicklich mit Hilfe der Polizei sämtliche Schundhändler festgesetzt; man wird daran anschließend ähnlich verfahren wie in Dresden. Am 13. Bezirk ist bereits eine gütliche Einigung mit den seither Schund führenden Geschäften erzielt worden. Der Verband der Schreibwarenhandlender hat sich der Parole gegen den Schund angeschlossen.

Nach all diesen — teilweise schon recht erfolgreichen — Unternehmungen und Mäßen scheint sich der Schundkampf zu einer das ganze Reich umfassenden Bewegung ausweiten zu wollen. Voraussetzung dafür ist, daß die örtliche Arbeit überall den vorhandenen Anregungen Nachdruck und Wirksamkeit überläßt.

Kunst und Wissen.

Paul Breisach — Nachfolger Felix Lederers.

Die Intendanz des Nationaltheaters teilt amtlich mit: Die durch das Ausscheiden Felix Lederers' freigewordene Stelle des zweiten Kapellmeisters ist dem Kapellmeister Paul Breisach übertragen worden.

Ein 25jähriger Ordinarius. Der zum Ordinarius der Mathematik an der Universität Frankfurt a. M. berufene Göttinger Privatdozent Dr. C. B. Siegel hat seinen erst das 25. Lebensjahr vollendeten. Der junge Gelehrte hat eine Reihe bahnbrechender Leistungen auf dem Gebiete der Mathematik vollbracht.

Für Errichtung eines Walter-Nick-Denkmals bei Eisenach hat sich ein Ausschuss gebildet. In einem Aufruf, den der Ausschuss „An die deutsche Jugend“ richtet, heißt es u. a.: „Am 16. Oktober sind vier Jahre nach dem Selbstmord des Dichters Walter Nitz auf Oeser vergangen. Er war der Dichter deutscher Jugend. Mit seinem „Wanderer zwischen beiden Welten“ gab er uns Jungen das ide-

alste Vorbild reiner deutscher Jugend. Deutschtum und Christentum, nationale Selbstbehauptung und soziale Veröhnung finden wir in seinen Werken wiedergebildet. Seine Bücher mandern mit uns im Kampf durch die grünen Sommertage. Wie vertiefen uns in seine Dichtungen an den langen, sichtenfrohen Winterabenden. Und immer ist er uns nahe als Freund, als Kamerad, als Lehrer und als Vorbild. So oft auch im Alltag unsere Meinungen auseinandergehen, in unserem Däseer finden wir uns stets zusammen; alles, was echt und rein in uns ist, lebt auf und sucht die große Gemeinschaft der Gleichgesinnten. So haben wir Jungen, werdenden dem Dichter Mannspruchliches zu danken. Wir haben den Plan gefaßt, dem Dichter in der Nähe von Eisenach ein Heidenmal zu errichten. Soll dieser schöne Gedanke Wirklichkeit werden, so muß die ganze deutsche Jugend dazu mitwirken. Wir bitten alle, die den Dichter lieb haben, um ihr Scherflein. (Sehr schön, Flur ist wirklich ein Vorbild für die junge Generation. Darum soll sie ihn lesen, wieder lesen und ihm nachsehen. Das ist das schönste und beständige Denkmal: werden wie er. Darum soltet Ihr Geld nicht für ein totes Denkmal sammeln, sondern diese Mittel zur Linderung von schwerer Not von Kriegsvätern, von alten Weisen, von hungernden Kindern verwenden. Die Schrift.)

Kranke Steine und müdes Metall. Die Naturgeschichte teilt früher alle Gegenstände in belebte und unbelobte Dinge ein. Die Steine und Metalle gehörten in die unbelobte Klasse. Heute hat die Wissenschaft diese grobe Unterscheidung aufgehoben, denn sie hat erkannt, daß Leben irgendwelcher Art in allen Dingen herrscht. Metalle sind der Einwirkung von Hitze und Kälte gegenüber sehr feinfühlig, ja sie reagieren sogar auf Reizmittel und Beladungsmittel. Das Steintrakt werden können, zeigt eine kirchliche Meldung aus Paris, nach der die berühmtesten Gebäude der Stadt von einer geheimnisvollen Krankheit ergriffen worden sind. Auf der Oberfläche erscheinen keine Springs, die sich allmählich vertiefen, bis dann von den Steinen Staub abdröckelt. Unter den Bauwerkmalern, die durch diese Krankheit gefährdet werden, befindet sich auch die Kathedrale von Notre Dame. Metalle leiden auch an Uebermüdung. Das geläufigste Beispiel dafür ist die Kupferlinge, die Kumpfler wird und auch bei dem langsamsten Abziehen des Messers ihre Schärfe nicht wieder erhält. Läßt man aber das Messer eine Woche oder zwei ruhen, dann gewinnt der Stahl seine Schärfe wieder. Kranke Steine sind außerordentlich schwer zu heilen. Man hat verschiedene Formen des Unfruchtigen verwendet, aber ohne großen Erfolg. Gegenwärtig benutzt man gebräuntes Wasser, die die Oberfläche des Steines gegen Wind und Wetter unempfindlich machen und den Stein vor Enttrocknung schützen. Aber dieser Trost macht den Stein unansehnlich und beeinträchtigt seine Schönheit.

